

Strukturen politisch langfristig und nachhaltig unterstützen

Aminata Touré

Kampf um ein Miteinander ist ein langwieriger und andauernder Prozess

Es freut mich, dass der Flüchtlingsrat seit 30 Jahren besteht und mit der Zeitschrift „Der Schlepper“ ein regelmäßiges Format herausgebracht hat, das mit dieser Ausgabe zum 100 Mal erscheint. Es ist ein Zeichen, dass trotz der nicht abnehmenden Widerstände gegen engagierte Einzelpersonen und Organisationen die Solidarität in unserer Gesellschaft nicht verschwindet.

Und das gibt uns allen Hoffnung. Es zeigt aber auch, dass der Kampf für ein gemeinsames Miteinander, in der alle Menschen angenommen werden, wie sie sind, ein langwieriger und andauernder Prozess ist. Was seit vielen Jahren an den Außengrenzen Europas passiert ist nicht hinnehmbar. Menschen sind dazu gezwungen ihre Freund*innen, ihre Familien, ihr Zuhause – kurz gesagt ihr Leben hinter sich zu lassen, weil die Situationen vor Ort nicht aushaltbar sind. Und auf der Suche nach



Schutz, Sicherheit und einem neuen Leben, werden sie behandelt, als sei ihr Leben weniger wert. Es ist hart zu sehen, dass für Menschen auf der Flucht offenbar andere Maßstäbe gelten als für andere. Diese Maßstäbe stehen klar im Gegensatz zu unseren europäischen Grundwerten.

Brennendes Lager Moria als Sinnbild europäischer Asylpolitik

Als Grüne und auch persönlich frustriert es mich ungemein, dass die politischen Maßnahmen bei weitem noch nicht ausreichen, um die Situation von geflüchteten Menschen nicht nur hier vor Ort bei uns, sondern auch auf ihrer Flucht, nachhaltig zu verbessern. Der Brand in Moria im September 2020 steht sinnbildlich für so Vieles, was in der europäischen Flucht- und Asylpolitik falsch läuft. Nicht seit Monaten, seit fast einem ganzen Jahrzehnt besteht eine völlig inakzeptable Lage in der Verantwortung in der Flucht- und Asylpolitik in Europa.

Es verstößt klar gegen geltendes europäisches Recht. Deshalb fordern wir als Grüne auf EU-Ebene schon seit längerem eine Alternative zum bisherigen Dublin Verfahren. Statt geschlossener Lagersysteme mit Sicherheitskontrollen, die einem Gefängnis gleichen, wollen wir beispielsweise offene Registrierungscentren, die gender- und kindergerecht gestaltet sind. Denn Menschen, die Schutz suchen, sollte dieser an jeder Stelle so weit wie es geht ermöglicht werden. Zu unseren Schutzaufgaben gehört auch, dass wir Menschen zu jedem Zeitpunkt des Asylverfahrens eine kostenlose und unabhängige Rechtsberatung ermöglichen müssen.

Denn in vielen Mitgliedstaaten der EU wurden und werden Menschen in Grenzverfahren aufgrund ihrer Asylantragsstellung inhaftiert, was de facto illegitim ist. Private Seenotrettungsdienste, NGOs und Aktivist*innen klagen schon seit Langem die illegalen Push-Backs an den EU-Außengrenzen unter Beteiligung von Frontex an. Wir können und dürfen an dieser Stelle nicht schweigen und tatenlos zusehen. Es liegt in unserer politischen Verantwortung solchen Vorwürfen nachzugehen, sie aufzuklären und zu sanktionieren.

Menschenrechte müssen zwingend zum Mittelpunkt unserer Politik werden. Das bedeutet auch, den Bleibezwang im Ankunftsland zu überdenken. Das ist



Landtagsabgeordnete Aminata Touré, Bündnis 90 / Die Grünen

nicht nur höchst unsolidarisch den EU-Mitgliedsstaaten, die an Grenzregionen liegen, sondern auch und insbesondere den Schutzsuchenden gegenüber. Schutzbedürftigkeit darf nicht in Unmündigkeit resultieren.

Viele können sich nicht vorstellen, was es bedeutet, mit traumatisierenden Erfahrungen im Gepäck hier anzukommen. Gerade in diesen Krisenzeiten der Corona-Pandemie ist es umso wichtiger, Menschen nicht im Stich zu lassen. Es ist ohnehin schon schwierig sich ein neues Zuhause aufzubauen und die derzeitigen Einschränkungen machen es nicht leichter. Die Tragweite der Auswirkungen der Pandemie sind momentan noch schwer auszumachen. Was aber schon jetzt bemerkbar ist, sind zunehmende Zukunftsängste. Und die werden leider viel zu häufig zum Nährboden von rassistischen Vorurteilen.

Es kommt auf uns alle an

Deshalb wird es in Zukunft noch mehr auf uns alle ankommen. Egal, ob wir in der Politik, in Organisationen oder als Einzelperson engagiert sind. Unsere Aufgabe ist es weiterhin ein Miteinander zu gestalten, in denen wir allen Menschen ein Zuhause geben können, das mehr ist als ein Dach über dem Kopf. Zuhause kann bedeuten, seine Kinder in den lokalen Sportverein schicken zu können ohne Angst davor haben zu müssen, dass sie sich mit rassis-

tischen Anfeindungen auseinandersetzen müssen. Zuhause kann bedeuten, sich auf Hilfe anderer verlassen zu können, wenn der Durchblick bei Papierkram und Verordnungen fehlt. Und vieles andere mehr.

Jede*r Einzelne*n ist Teil von diesem Zuhausegefühl. Ich bin dankbar für die vielen Projekte, Organisationen und Einzelpersonen die Unterstützungsstrukturen geschaffen haben, wo noch keine waren. Politisch gilt es umso mehr diese Strukturen so gut wie es geht langfristig und nachhaltig zu unterstützen und Wege und Möglichkeiten für neue antirassistische Strukturen zu schaffen, wo noch keine sind.

Aminata Touré ist Mitglied der grünen Fraktion im Schleswig-holsteinischen Landtag.
www.aminata-toure.de/